

SpaceNet AG Presseinformation

SpaceNet AG zu den Plänen zur Rückkehr der Vorratsdatenspeicherung

Regierungspläne bringen erneut Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr

München, 27.05.2025 – Die im neuen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien Union und SPD vorgesehene Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung stößt bei der SpaceNet AG auf scharfe Kritik.

In der geplanten dreimonatigen Speicherung von IP-Adressen und Portnummern sieht der Münchener Managed Service Provider einen bedenklichen Rückschritt im Ringen um informationelle Selbstbestimmung. Die neuen Pläne gehen weit über das hinaus, was bereits gerichtlich als überzogen festgestellt worden war. Seit seiner Gründung im Jahr 1993 setzt sich die SpaceNet AG im Interesse ihrer Kunden für digitale Grundrechte, Datenschutz und rechtsstaatliche Verhältnismäßigkeit ein und zog dafür 2016 sogar bis vor den Europäischen Gerichtshof.

Bekanntes Problem – neue Verpackung

„In der von der Koalition geplanten Form bleibt die Vorratsdatenspeicherung ein pauschaler Eingriff in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger“, äußert sich Sebastian von Bomhard, Vorstand und Gründer der SpaceNet AG. „Dabei wurde die Art der Daten, die gespeichert werden soll, und die Speicherdauer sogar noch erweitert. Der Charakter dieses Instruments untergräbt weiter das wertvolle Prinzip der Unschuldsvermutung und macht Vertrauen in die deutsche Digitalpolitik unmöglich.“

SpaceNet hat bereits 2016 gegen die damalige gesetzliche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung geklagt – mit Erfolg. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte die Unzulässigkeit der pauschalen Datensammlung und setzte damit einen juristischen Meilenstein für den Datenschutz und auch für unternehmerische Rechtsklarheit.

Die nun avisierte Speicherpflicht erweckt die Befürchtung, dass das damalige Konzept nach zwei gescheiterten Versuchen einfach erzwungen werden soll – natürlich mit neuem Etikett.

Technisch unsauber, praktisch ineffektiv

Die Vorratsdatenspeicherung, wie sie eingeführt werden soll, greift nicht nur in Grundrechte ein. Sie ist auch technisch absolut unpassend, um wie behauptet schwerkriminelle Täter im Internet zu überführen. Professionelle Kriminelle wissen ihre Spuren im Internet zu verschleiern im Gegensatz zu arglosen unschuldigen Bürgern.

Außerdem müssten Provider jeden Tag durchschnittlich mehrere Millionen Datensätze speichern, sichern und vorhalten – ein Aufwand, der gewaltige Ressourcen kostet und dann auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die CO₂-Bilanz hat.

„Um schwere Straftaten aufzuklären, braucht es gezielte, rechtsstaatlich abgesicherte Instrumente – keinen flächendeckenden Generalverdacht.“ betont von Bomhard. „Das sogar im Koalitionsvertrag der vorherigen Ampelregierung vorgesehene Quick-Freeze-Verfahren hätte genau diesen Weg eröffnen können – ein Kompromiss, bei dem Verkehrsdaten auf dringenden Verdacht eingefroren, jedoch erst auf richterlichen Beschluss ausgewertet werden dürfen. Dieser Ansatz hält die Balance zwischen Ermittlungsinteresse und der Wahrung der Grundrechte – die geplante Speicherpflicht tut das nicht.“

Signalwirkung für Gesellschaft und Wirtschaft

SpaceNet bewertet die Wiederbelebung der Vorratsdatenspeicherung als ein politisches Signal mit bedenklicher Wirkung.

„Vor dem Hintergrund tiefgreifender technologischer Umbrüche durch künstliche Intelligenz und einer wachsenden digitalen Abhängigkeit von internationalen Tech-Konzernen ist es der falsche Schritt, das Vertrauen der Bevölkerung weiter zu strapazieren und die Rahmenbedingungen für inländische Anbieter zu verschärfen. Weitaus schwerer aber noch wiegt die Tatsache, dass mit der Einführung einer solchen Plattform ein Instrument geschaffen würde, das in den falschen Händen eine massive Bedrohung der Bürger bedeuten würde. Gerade denjenigen, die derzeit um unsere Demokratie besorgt sind, ist die Tragweite ihrer Pläne wohl nicht bewusst. Datenschutz und demokratische Prinzipien müssen im Zentrum zeitgemäßer Digitalpolitik stehen und dürfen nicht zum Nebeneffekt degradiert werden“, sagt von Bomhard und appelliert an die Bundesregierung. „Wir brauchen weder Symbolpolitik noch technisch und rechtlich fragile Kompromisse, sondern Rechtssicherheit in einer zunehmend digitalisierten Welt.“

Über SpaceNet AG

Der Managed Service Provider/Managed Security Service Provider aus München unterstützt Unternehmen, Organisationen und öffentliche Auftraggeber darin, eine starke und resiliente IT aufzubauen, zu verwalten und weiterzuentwickeln. Ein Schwerpunkt liegt auf der persönlichen Beratung und klugen Umsetzung von IT-Security- und Cloud-Lösungen – mit und ohne KI. Zum Angebotsspektrum zählen gemanagte IT-Services, individueller Support auch für Non-Standard-Applikationen, 7x24-Service und sichere Collaboration-Tools, wie Zamadama und Nextcloud.

Mit über 130 Fachleuten steht die SpaceNet AG rund 1.200 Unternehmen zur Seite, darunter der ANTENNE BAYERN und dem Münchener Verkehrs- und Tarifverbund (MVG). Die SpaceNet AG München betreibt ihre Cloud- und IT-Services in mehreren redundanten Hochsicherheitszentren in München, ist zertifiziert nach dem Sicherheitsstandard ISO 27001 und arbeitet nach ITIL. Zur SpaceNet-Unternehmensfamilie gehören auch die brück IT GmbH, ein Systemhaus für Rechtsanwälte, Architekten und andere Freie Berufe, und die SOFTIQ Deutschland GmbH, die auf individuelle Software- und KI-Projekte spezialisiert ist. www.space.net

Pressekontakt

SpaceNet AG

Katja Holzer
Tel.: +49 89 323 56-181
presse@space.net
www.space.net

WORDUP PR

Tel.: +49 89 2 878 878 0
presse@wordup.de
www.wordup.de